

Arndt, Heinz Wolfgang; Panglaykim, J.

Article — Digitized Version

Die wirtschaftliche Lage Indonesiens 1966

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Arndt, Heinz Wolfgang; Panglaykim, J. (1966) : Die wirtschaftliche Lage Indonesiens 1966, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss. 9, pp. 483-488

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133629>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die wirtschaftliche Lage Indonesiens 1966

Prof. Dr. H. W. Arndt, Canberra, und Prof. Dr. J. Panglaykim, Djakarta*)

In den vergangenen Monaten gab es manche Anzeichen dafür, daß sich Indonesien zunehmend seiner prekären wirtschaftlichen Lage bewußt wird und daß vielleicht sogar eine neue Ära angebrochen ist.

Mit zwei im April abgegebenen Darlegungen von Sultan Hamenkobuwono IX, dem für die Wirtschaft zuständigen stellvertretenden Ministerpräsidenten, wurde dem indonesischen Volk und der Welt ein wirtschaftlicher Zusammenbruch enthüllt, für den es in der neueren Geschichte großer Völker — außer unmittelbar nach Kriegen oder Revolutionen — kaum eine Parallele geben dürfte.

Allerdings hat dieser Zusammenbruch für die Mehrheit des Volkes, das in den Dörfern Javas oder auf den Inseln lebt, nur geringe Auswirkungen. Bisher gibt es keine Anzeichen eines schwerwiegenden allgemeinen Mangels an Lebensmitteln. Soweit zu beurteilen ist, liegen der durchschnittliche Verbrauch an Nahrungsmitteln und der Lebensstandard noch immer wesentlich höher als z. B. in Indien. Davon abgesehen jedoch ist auf allen anderen Gebieten der wirtschaftliche Zusammenbruch nicht zu übersehen.

WIRTSCHAFTLICHER ZUSAMMENBRUCH

Die Auslandsverschuldung des Landes wird von offizieller Seite auf 2,4 Mrd. \$ geschätzt. Es ist unwahrscheinlich, daß in diesem Jahr die laufenden Deviseneinnahmen viel mehr als die Hälfte des Devisenbedarfs für Einfuhr und Schuldendienst decken werden. Das Steueraufkommen fällt ständig hinter den fast gänzlich außer Kontrolle geratenen Regierungsausgaben zurück. Infolgedessen setzt sich die Inflation, die sich in Geldschwemme und steigenden Preisen äußert, mit einer wahrscheinlich immer noch wachsenden Rate fort. Der Mangel an importierten Rohstoffen und andere Faktoren haben die industrielle Produktion auf ein Niveau heruntergedrückt, auf dem nicht einmal 20 % der vorhandenen Kapazitäten ausgenutzt werden. Während die Reiserzeugung allem Anschein nach einen zufriedenstellenden Stand hält, sinkt die Produktion anderer Agrarerzeugnisse mit wenigen Ausnahmen weiter ab. Schifffahrt, Eisenbahn- und Straßentransport sowie alle anderen öffentlichen Dienstleistungen leiden dar-

unter, daß Anlagen und Ausrüstungen seit Jahren heruntergewirtschaftet sind, und arbeiten nur unter Schwierigkeiten und mit Unterbrechungen. Das komplizierte System der Regierungskontrollen in der Wirtschaft ist infolge von Umgehungen der Vorschriften und infolge der Korruption praktisch unwirksam.

Alle Aspekte dieser wirtschaftlichen Situation machten sich seit mehr als zwei Jahren immer mehr bemerkbar. Aber erst seit wenigen Monaten werden sie offiziell von den führenden Politikern des Landes zur Kenntnis genommen.

Heute steht fest, daß das Bündel wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die von der ehemaligen Führungsgruppe im Anschluß an den mißlungenen Putsch Ende November und im Dezember 1965 getroffen wurden, nicht so positiv war, wie es damals schien. Waren auch die vertretenen Grundsätze ganz vernünftig, so waren die getroffenen Maßnahmen — wie z. B. die Entscheidung, den gesamten Außenhandel zum Staatsmonopol zu machen — zum Teil lediglich weitere Schritte auf dem seit zwei Jahren verfolgten doktrinären Weg und zum Teil unter stärkstem politischen Druck hastig entworfene Notstandsmaßnahmen. Das gilt besonders für die Entscheidung, den Regierungsausgaben einen umfangreichen Neujahrsbonus zu gewähren, sowie für die „Währungsreform“ vom Dezember 1965, die eine direkte Folge der ersten Maßnahme war. Der Zentralbank wurde schnell klar, daß die für diesen Bonus erforderlichen Geldmittel (75 000 Rp für jeden der etwa 4 Mill. Beschäftigten bzw. insgesamt 300 Mrd. Rp), zu denen auch noch schnell anwachsende Routineausgaben und Bargeldabhebungen von den Bankkonten kamen, die Kapazität der Notenpresse weit überstiegen. Daher kam man zum Entschluß, eine neue Rupiah einzuführen (1 neue Rupiah = 1 000 alte Rp). Dadurch wurde es möglich, große Vorräte an 50 und 100 Rp-Noten in Umlauf zu setzen, die 1960 gedruckt, aber von der Inflation überholt worden waren. Ohne die Verbindung mit anderen Stabilisierungsmaßnahmen war das ein reiner Verzweiflungsakt, aber keine Währungsreform. Die andere Hauptentscheidung, die Preise für Treibstoffe und öffentliche Dienstleistungen so anzuheben, daß sie die Kosten deckten, beruhte zwar auf einem vernünftigen Grundsatz, hatte aber, da der Zeitpunkt sehr unglücklich gewählt war, für die Verantwortlichen böse Folgen. Die 250-fache Steigerung der Treibstoffpreise wurde von der Öffentlichkeit als ein Beweis dafür angesehen, daß die alte Führung ihre Bemühungen um eine Eindämmung der Inflation

*) Eine ausführliche Fassung dieses im Juni d. J. in Djakarta geschriebenen Berichts mit umfangreichem Tabellen- und Quellenmaterial erschien in „Bulletin of Indonesian Economic Studies“, Research School of Pacific Studies, Australian National University, Canberra, No. 4, Juni 1966. Bearbeitung der deutschen Fassung: Dr. Christian Uhlig und Hubert Höping.

aufgegeben habe. Dieser Preiserhöhungsentschluß trug viel zu den Studentendemonstrationen bei, die im März 1966 zum Sturz des alten Regimes führten.

Die seither vergangenen Monate wurden von einem dauernden halbverborgenen Machtkampf beherrscht. Ende Juni herrschte in Djarkarta das Gefühl vor, daß es noch zu viele „ungelöste politische Fragen“ gäbe, um entscheidende wirtschaftspolitische Aktionen zu gestatten. Es schien zweifelhaft, ob das neue Triumvirat bereits genügend politische Macht besaß, um irgendwelche oder gar alle unangenehmen Entscheidungen zu treffen, die für eine Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten notwendig sind. Das Regime versuchte, seine Stellung zu konsolidieren, indem es seine Aktivität auf Gebiete beschränkte, wo es mit allgemeiner Zustimmung rechnen konnte, wie z. B. die Beendigung der „Konfrontation“ mit Malaysia und die Stundung der Auslandsschulden.

DIE STUNDUNG DER AUSLANDSSCHULDEN

Eine Erklärung des Sultans vom 12. April¹⁾ zur wirtschaftlichen Lage enthielt auch folgenden mutigen Satz: „Jeder, der glaubt, daß sich Indonesien in einer günstigen wirtschaftlichen Lage befindet, hat das genaue Studium der Situation sträflich vernachlässigt. Auf Jahre hinaus muß die indonesische Wirtschaft eine Auslandsschuldenlast von 2,4 Mrd. \$ tragen. Dieses Jahr müssen wir mit der Rückzahlung unserer langfristigen Schulden beginnen. Wenn wir allen unseren Verpflichtungen nachkommen, bleiben uns keine Devisen für die Deckung unserer Routinebedürfnisse. Das ist der Grund dafür, daß wir seit Jahren den Import unseres täglichen Bedarfs mit kurzfristigen Anleihen zu ungünstigen Bedingungen finanziert haben.“

Im Dezember 1965 konnte Indonesien seinen Devisenverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Seit einiger Zeit war die Zentralbank nicht einmal mehr in der Lage, Barakkreditive einzulösen und mußte auch die Rückzahlung von Außenhandelskrediten einstellen, die sich zusammen mit anderen noch offenstehenden kurzfristigen Krediten auf schätzungsweise 177 Mill. \$ beliefen.

Im April stellte die Regierung erstmalig die gesamte indonesische Auslandsverschuldung und die zwischen 1966 und 1974 fällig werdenden Rückzahlungen zusammen. Es zeigte sich, daß von der gesamten mittel- und langfristigen Auslandsverschuldung in Höhe von 2,175 Mrd. \$ mehr als 60% auf die Länder des Ostblocks, hauptsächlich auf die Sowjetunion, entfielen und daß der größte Teil dieser Verschuldung aus der Rüstungshilfe stammte. Unter den anderen Gläubigern rangierte Japan gleich hinter den USA, und bei Einbeziehung der kurzfristigen Verschuldung lag es als Hauptgläubiger an der Spitze.

¹⁾ Alle Auszüge aus dieser Erklärung sind mit leichten Änderungen der English Edition von „Business News“ v. 15. 4. 1966 entnommen.

Bei geschätzten Deviseneinnahmen von insgesamt 430 Mill. \$ einschl. der Oltantiemen für 1966 war es klar, daß Indonesien seiner Verpflichtung, in diesem Jahr 530 Mill. \$ zurückzuzahlen, nicht nachkommen konnte. Im April wurde die Notwendigkeit, von Indonesiens Gläubigern ein Moratorium zu erhalten, öffentlich zugegeben, und man begann mit den Bemühungen um eine Umschuldung. Der große Vorrang, den das neue Regime der Beendigung der „Konfrontation“ mit Malaysia einräumte, war nach allgemeiner Ansicht unter anderem auf die Notwendigkeit zurückzuführen, der Welt zu beweisen, daß Indonesien beabsichtigte, seine Anstrengungen auf die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu konzentrieren, um dadurch eine wohlwollende Haltung der Gläubiger und möglichen Kreditgeber zu rechtfertigen.

Intensive diplomatische Verhandlungen brachten Indonesien nach anfänglichem Widerstreben dazu, ein Konsortium aller Gläubigerländer zu akzeptieren, das als bestes Instrument für eine gerechte Umschuldungsaktion und für die Beschaffung neuer dringend benötigter Kredite angesehen wurde. Auch war es kein Zufall, daß zu den ersten internationalen Organisationen, denen Indonesien wieder beitreten wollte, der Weltwährungsfonds gehörte. Eine Mission des Fonds besuchte Djakarta Ende Juni, und ihre erste Aufgabe war eine Beurteilung der indonesischen Auslandsverschuldung.

AUSFUHR

In der Erklärung des Sultans hieß es, daß Indonesiens Exporteinnahmen von 750 Mill. \$ im Jahre 1961 auf 450 Mill. \$ 1965 zusammengeschrumpft seien. Die Absicht der neuen Regierung ist es, „jedem Projekt, das Devisen einbringt, ohne auf anderen Gebieten Verluste zu verursachen“, eine Priorität einzuräumen. Auf diesem Gebiet wurden bereits legislative Maßnahmen eingeleitet. Eine am 20. Mai erlassene Verordnung erweiterte den freien Devisenmarkt durch eine Erhöhung der Exportprämie, d. h. des Anteils an Deviseneinnahmen, den private Exporteure legal an Importeure verkaufen dürfen. Die Hälfte der Prämie muß dabei an die die Exportgüter liefernde Region zurückfließen. Das Ziel dieser neuen Verordnung war erstens, den Export durch eine weitere Teilabwertung anzuregen, und zweitens, den Exportgüter produzierenden Regionen, besonders Sumatra, einen Anteil am Erlös in Form von Importen zu sichern. In beiden Fällen stellten diese Entscheidungen zum Teil Konzessionen an wirtschaftliche und politische Pressionen dar, nämlich einmal die Schwierigkeiten bei der Durchführung der Devisenkontrolle und zum anderen die Anerkennung der Macht der regionalen Kommandeure. Allerdings blieben Zweifel, ob die Verordnung ihren Zweck erreichen würde, ob der zusätzliche Anreiz, den die relativ geringe Erhöhung der Exportprämie auf die Hauptausfuhrgüter bot, eine größere Wirkung auf das Exportvolumen haben würde, ins-

besondere wenn die die regionale Exportprämie betreffende Regelung den Exporteuren mehr als die Hälfte dieser Erhöhung wieder entzieht.

Nach offiziellen Schätzungen soll die Ausfuhr ausschließlich Erdöl 1966 360 Mill. \$ betragen. Verglichen mit den 1965 exportierten 395 Mill. \$ zeigt sich, daß die für die Planziele verantwortlichen Behörden 1966 die Exportaussichten für Kautschuk, Kaffee und Tee pessimistisch, die Chancen für Tabak, Palmöl und Kopra dagegen optimistisch beurteilen. Allerdings scheint es sich hierbei um ausgesprochen vorsichtige Schätzungen zu handeln.

Nachdem im ersten Vierteljahr die Anträge auf Exportlizenzen bei etwa 30 Mill. \$ monatlich gelegen hatten, gingen sie im April und Mai zurück, wahrscheinlich weil die Exporteure in Erwartung einer erhöhten Exportprämie zunächst einmal abwarteten. Wenn die gegenwärtigen Quoten für den Rest des Jahres beibehalten werden können, so scheint die optimistische Ansicht gerechtfertigt, daß der Export (ausschl. Erdöl) 1966 das offizielle Planziel von 360 Mill. \$ oder sogar einen Wert von 400 Mill. \$ erreichen könnte. Der Anteil der indonesischen Regierung am Devisenerlös der Mineralölausfuhr wird auf etwa 50 Mill. \$ geschätzt. Für 1966 erwartet man ein ähnliches Ergebnis.

Dem Wandel in der indonesischen Außenpolitik werden wahrscheinlich entsprechende Änderungen im Außenhandel folgen. Das frühere Regime hat in der Folge seiner Außenpolitik einen beträchtlichen Anteil der indonesischen Ausfuhr nach den kommunistischen Ländern geleitet. Fast die Hälfte des auf Plantagen erzeugten Kautschuks, der in Staatsbetrieben unter direkter Kontrolle gewonnen wurde, ist 1965 an die kommunistischen Länder geliefert worden. Ein bedeutender, wenn auch wesentlich geringerer Anteil des vom Kleinlandbesitz produzierten Kautschuks ging über private Exporteure den gleichen Weg. Ein großer Teil des von China abgenommenen Kautschuks soll auf dem Weltmarkt wiederverkauft worden sein und soll China wertvolle Devisen eingebracht haben, die es für diejenigen Produkte benötigte, die Indonesien im Rahmen des Warenabkommens abzunehmen bereit war. Wenn die Neuorientierung der indonesischen Außenpolitik und die Beendigung der „Konfrontation“ erfolgreich abgeschlossen sein werden, wird der Außenhandel wahrscheinlich wieder seine alten Wege über Singapur und die Niederlande einschlagen.

EINFUHR

Zur Einfuhrpolitik wurde in der Erklärung des Sultans nichts Genaueres gesagt. Die Regierung deutete lediglich ein „Sparprogramm“ an. Es wurde erklärt, „daß alle Projekte, die die Devisenreserven beeinträchtigen, entweder eingestellt oder nach einem Prioritätssystem gesteuert werden sollten“. Gleichzeitig wurde betont, „daß keinen Regierungsstellen — außer denjenigen, die dazu formell autorisiert werden —

gestattet sein wird, für ihren eigenen Bedarf selbst Ein- und Ausfuhrhandel zu betreiben ... Alle Manipulationen auf diesem Gebiet müssen aufhören“.

Für die indonesische Einfuhr des Jahres 1965 stehen keine offiziellen Zahlen zur Verfügung. Der Mindesteinfuhrbedarf (für Güter und Dienstleistungen) dürfte 1966 bei etwa 560 Mill. \$ liegen. Das mag allerdings als „Einfuhrplan“ angesehen werden.

Ein Betrag von 420 Mill. \$ für Prioritätsimporte stellt den Minimalbedarf für eine industrielle Wiederbelebung dar. Ob diese Summe tatsächlich den betreffenden Industriezweigen zur Verfügung gestellt werden kann, hängt nicht nur von dem Gesamtbetrag der vorhandenen Devisen ab, sondern auch von der Fähigkeit der Regierung, die Prioritäten durchzusetzen. Gerade der Zusammenbruch aller für diesen Zweck eingeführten Kontrollen hat neben der Devisenknappheit in der Vergangenheit dazu geführt, daß die Industrie größten Mangel an notwendigsten Materialien und Ersatzteilen litt, während Verbrauchsgüter großzügig eingeführt wurden, manchmal sogar, wie bei Textilien, im Wettbewerb mit der eigenen Industrie.

AUSLANDSKREDITE

Die Exporterlöse für 1966 in Höhe von bestenfalls 450 Mill. \$ werden offensichtlich nicht ausreichen, um den Mindestimportbedarf von 560 Mill. \$ zu decken. Das gilt auch dann, wenn alle Rückzahlungsverpflichtungen vollständig erlassen würden, was aber unwahrscheinlich ist, da wenigstens ein Teil der prolongierten Außenhandelsverschuldung gedeckt werden muß. Wenn auch nur der minimale Einfuhrbedarf finanziert werden soll, muß um neue Auslandskredite in Höhe von wenigstens 200 Mill. \$ nachgesucht werden.²⁾

Einige neue Stützungskredite konnten bereits von einer Reihe von Ländern beschafft werden. Japan hat durch seine Export-Import-Bank eine Anleihe von 30 Mill. \$ angeboten, von der jedoch ein wesentlicher Anteil für die Rückzahlung von Handelskrediten bereitgestellt werden muß. Indien stellte einen Kredit von 13,5 Mill. \$ in Aussicht, und Pakistan ist bereit, über einen weiteren Kredit in Höhe von 30 Mill. \$ zu verhandeln. Von den Niederlanden hofft man 65 bis 70 Mill. Gulden zu erhalten. An Stelle der erwarteten 200 Mill. DM hat sich die Bundesrepublik bisher nur bereiterklärt, 30 Mill. DM zur Verfügung zu stellen.³⁾ Kreditverhandlungen mit den USA zur Deckung der Einfuhr von 75 000 Ballen Rohbaumwolle und vielleicht weiterer Reislieferungen waren Ende Juni noch nicht

²⁾ Der Leiter der indonesischen Regierungsdelegation bei den westeuropäischen Gläubigerländern, Mr. Umarjadi, erklärte am 15. Juni in Bonn, daß Indonesien für die nächsten fünf Jahre Auslandskredite in Höhe von 1,2 Mrd. \$ benötige (Indonesian Herald, 17. 6. 1966).

³⁾ Am 16. 8. 1966 wurde zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Indonesien ein Kapitalhilfeabkommen über 13,5 Mill. DM unterzeichnet.

abgeschlossen.⁴⁾ Die Verhandlungen zur Bildung eines Konsortiums der Gläubigerländer zielen offensichtlich darauf ab, daß dieses Konsortium nicht nur einwilligen wird, die Verpflichtungen aus dem gegenwärtigen Schuldendienst zu „konsolidieren“, sondern daß es auch neue Kredite bewilligen soll.

DEVIENPOLITIK

Allgemein wird anerkannt, daß neue Auslandskredite, wenn sie auch notwendig sind, keine Lösung für Indonesiens Zahlungsbilanzprobleme bieten. Wie kann das Zahlungsbilanzgleichgewicht einigermaßen wiederhergestellt werden? Wie kann sichergestellt werden, daß das Land nach und nach in die Lage versetzt wird, mit seinen eigenen Mitteln auszukommen? Das neue Regime hat die politische Entscheidung, ein Staatsmonopol für den Außenhandel einzurichten, abgelehnt. „Die Regierung wird in Zukunft die Haltung aufgeben, mittlere und große Unternehmen als ihre Gegner zu betrachten“ (Erklärung des Sultans vom 12. April). Die Erhöhung der Exportprämie bedeutet bereits einen Schritt zur größeren Bewegungsfreiheit des privaten Handels. In die gleiche Richtung zielt eine Erklärung des Handelsministeriums, daß die Regierung durch Ausschreibung Devisen für die Einfuhr von Rohstoffen, Ersatzteilen usw. zur Verfügung stellen würde, und zwar 8 Mill. \$ im Mai und 10 Mill. \$ im Juni. Bei jedem Antrag müssen 35 neue Rp je Dollar hinterlegt werden; der später tatsächlich zu zahlende Wechselkurs dürfte allerdings wesentlich höher liegen.

Bisher scheint jedoch die Regierung dazu entschlossen zu sein, das System der direkten Einfuhrkontrolle entsprechend gewisser Prioritätskategorien beizubehalten. Inoffiziell wurde die Möglichkeit diskutiert, einen freien Wechselkurs anzustreben. Dadurch könnten Lenkungsmaßnahmen aufgegeben werden, die tatsächlich nicht durchgesetzt werden konnten. Die Zuteilung der knappen Devisen würde ganz offen — wenigstens für einige Zeit — vollständig dem Preismechanismus überlassen.

INFLATION

Der Sultan gab im April ein ungeschminktes Bild vom Ausmaß der Inflation: „1965 stiegen die Preise im allgemeinen um mehr als 500 %, der Reispreis sogar um mehr als 900 %. Wenn nicht schnell die richtigen Schritte unternommen werden, könnte er 1966 um mehr als 1000 % in die Höhe schnellen. In den fünfziger Jahren wies der Staatshaushalt Defizite in Höhe von 10 bis 30 % seiner Einnahmen auf, in den sechziger Jahren wuchs das Defizit schnell auf mehr als 100 % an. 1965 erreichte das Haushaltsdefizit sogar die Höhe von 300 % der Staatseinnahmen. Am ernstesten war die Entwicklung in den Monaten Januar, Februar und

⁴⁾ Im Zusammenhang mit den Flutkatastrophen in Zentraljava erhielt Indonesien einige Schenkungen, so z. B. 1 Mill. £ von Großbritannien, Reis und Textilien im Werte von 2,5 Mill. \$ von Japan und Reislieferungen im Werte von 200 000 £A von Australien.

März 1966. Innerhalb des ersten Quartals erreichte das Defizit fast die Höhe der gesamten Staatsausgaben für 1965.“

Seitdem hat sich die Inflation fortgesetzt beschleunigt. In offiziellen Kreisen scheint wenig Vertrauen zu herrschen, daß in naher Zukunft etwas dagegen getan werden kann oder getan wird. Optimisten sprechen von einem Plan, die Inflation innerhalb der nächsten zwei oder drei Jahre zu stoppen.

1965 verfünffachte sich der Geldumlauf. Etwas mehr als die Hälfte dieser Gesamterhöhung um 2,3 Mrd. neue Rp. war auf das Haushaltsdefizit zurückzuführen. Der Rest ergab sich durch Kreditausweitungen, die hauptsächlich von den staatlichen Banken den Staatsbetrieben und dem privaten Sektor sowie verschiedenen nicht vom Haushalt erfaßten Projekten gewährt wurden. Aber auch diese Mittel stammten zum größten Teil aus einer vermehrten Notenausgabe der Zentralbank.

Nach neuesten Schätzungen dürfte das Haushaltsdefizit für 1966 als Differenz zwischen einer erwarteten Ausgabenhöhe von 21 Mrd. Rp und erwarteten Staatseinnahmen von 9 Mrd. Rp etwa 12 Mrd. neue Rp betragen. Rechnet man diese Summe zu dem Ende 1965 bestehenden Geldumlauf, so kommt man zu einem Geldumlauf von schätzungsweise 15,1 Mrd. Rp für Ende 1966. Dabei ist aber der zusätzliche Geldumlauf durch Bankkredite aus nicht vom Haushalt erfaßten Quellen nicht erfaßt, der 1965 fast die Hälfte des Gesamtbetrages ausmachte.

Als Auswirkung der Inflation steigt parallel zu den Preisen auch der Bedarf der Unternehmen an Umlaufkapital (in Geld). Für private Firmen besteht keine Hoffnung, mehr als einen kleinen Teil des ständig steigenden Finanzbedarfs aus eigenen Mitteln oder mit Hilfe des wenig entwickelten Geldmarktes decken zu können. Die an die erwarteten Preissteigerungen gebundenen Zinssätze, gegenwärtig in der Höhe von monatlich 10 bis 15 %, verhindern jede Geschäftstätigkeit, die nicht daraus Geldgewinne erzielen kann, daß man heute kauft, aber erst später zu freien Rupiahpreisen verkauft. Benachteiligt ist also z. B. der Export zu offiziellen Wechselkursen oder die Produktion und der Absatz industrieller Erzeugnisse zu amtlich festgesetzten Preisen. Wenn eine Steigerung von Ausfuhr und Produktion nicht durch einen Mangel an Barmitteln verhindert werden soll, muß deshalb das Bankensystem für eine Finanzierung sorgen. Unter den gegenwärtigen Umständen handelt es sich bei all diesen Finanzierungsmitteln praktisch direkt oder indirekt um Zentralbankgeld. Das gleiche gilt auf jeden Fall auch für den Kreditbedarf der Zentralregierung (z. B. 2,5 Mrd. Rp für den Ankauf von Reis) und für die Staatsunternehmungen. Es gibt für 1966 keinerlei Schätzungen über diese zu diesen Zwecken notwendige Kreditausweitung. Aber sie muß auf alle Fälle zu dem Inflationsdruck wesentlich beitragen, der vom Haushaltsdefizit ausgeht.

Im ersten Quartal von 1966 verdoppelte sich der Geldumlauf. Wenn sich dieser Anstieg während des ganzen Jahres mit der gleichen Geschwindigkeit fortsetzt, würde eine Gesamtsumme von 48 Mrd. Rp erreicht werden. Es bedarf also offensichtlich harter Anstrengungen, um die Inflation in den oben angedeuteten Grenzen zu halten.

Die sozialpolitischen Auswirkungen der Inflation können statistisch nicht belegt werden, da Daten über Löhne und andere Bareinkommen nicht zur Verfügung stehen. Ein hoher Beamter mit einem Monatseinkommen von 200 000 alten Rupiahs würde Ende Dezember 750 000 Rupiahs für seine Haushaltungskosten benötigt haben. Bis zum Mai 1966 war die zu diesem Zweck erforderliche Summe auf 2,5 Mill. Rp gestiegen. Tatsächlich hat sich das ihm gezahlte Gehalt aber wahrscheinlich kaum geändert. Bei den meisten Staatsbeamten und -angestellten spielen die in Geld gezahlten Gehälter und Löhne neben ihren Reis- und Bekleidungsrationen kaum noch eine Rolle. Sie versuchen — wenn möglich — durch eine Nebenbeschäftigung ihr Auskommen zu sichern.

DER STAATSHAUSHALT

Bei der Ordnung der öffentlichen Finanzen sieht sich die Regierung einer wahren Herkulesaufgabe gegenüber. Der Sultan hat in seiner Verlautbarung mit mutigen, aber zu allgemein gehaltenen Worten angedeutet, was getan werden muß: Notwendig sei ein alle Bereiche der Regierung betreffendes Sparprogramm. „Alle staatseigenen Betriebe, gleichgültig ob sie Handelsunternehmen sind oder nicht, müssen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeiten.“ „Die Regierung sollte auch das Steuersystem überprüfen. Sie sollte eine Besteuerung einführen, die nicht nur die Staatseinnahmen erhöht, sondern die Öffentlichkeit zu solchen wirtschaftlichen Bemühungen anregt, die Staat und Gesellschaft Nutzen bringen. Nicht nur das System muß überprüft, sondern auch die Steuererhebung muß vereinfacht und systematisiert werden.“

Es ist schwer, ein genaues Bild von der Entwicklung der Staatsausgaben und -einnahmen während des Jahres 1965 oder der ersten Monate von 1966 zu gewinnen. Das Defizit soll 1965 etwa 1,3 Mrd. neue Rupiah betragen haben.

Zu den Maßnahmen, die noch die alte Regierung im November/Dezember 1965 traf, gehört auch ein Haushaltsentwurf für 1966. Dieser Entwurf sah einen angeblich ausgeglichenen Haushalt vor mit routinemäßigen Ausgaben von 5,5 Mrd. Rp (dazu Entwicklungsausgaben von 1,1 Mrd. Rp und 250 Mill. Rp im „Kredithaushalt“), die durch Staatseinnahmen in Höhe von insgesamt 7,2 Mrd. Rp mehr als gedeckt waren.

Dieser Haushaltsentwurf war auf eine geradezu groteske Art unrealistisch. Für alle Ausgaben außer Löhnen und Gehältern, die in den Jahren 1962, 1963 und 1964 stets fast 80 % der Gesamtausgaben aus-

machten, waren nur knapp 10 % vorgesehen. Was die Einnahmenseite anbelangt, so bemühte sich die alte Regierung, die Steuererhebung zu straffen. Sie schickte in den letzten Monaten des Jahres 1965 Inspektoren zu den Wohlhabenden und ließ deren Einkommen nach dem sichtbaren Stand ihres Lebensstandards abschätzen. Sie bereitete ein neues System der Einkommen- und Körperschaftssteuer vor, das von der neuen Regierung im April dieses Jahres eingeführt wurde. Da sich aber die Steuerbehörden Mitte 1966 noch immer um die Einkommensteuerfeststellungen für 1965 bemühten, die durch die Inflation längst überholt sind, konnten die neuen direkten Steuern für 1966 noch keine Staatseinnahmen erbringen. Und die übersteigerten Hoffnungen auf riesige Einnahmen aus Treibstoffverkäufen auf dem Binnenmarkt verflüchtigten sich sehr bald, als der Benzinpreis unter dem Druck der öffentlichen Meinung gesenkt werden mußte und steigende Kosten den Rest verschlangen. Die vorgeschlagene neue Umsatzsteuer fand nicht die Billigung der neuen Regierung und wurde deshalb nicht eingeführt.

Die neue Regierung veröffentlichte im April ein revidiertes Budget für 1966, das erheblich realistischere Schätzungen für Ein- und Ausgaben enthielt. Aber auch dieses Budget wurde bereits von den Ereignissen überholt. Die letzte veröffentlichte Vorausschau auf die wahrscheinliche Entwicklung für 1966 sah, wie bereits erwähnt, Gesamtausgaben in Höhe von 21 Mrd. Rp und Gesamteinnahmen von 9 Mrd. Rp vor, wobei das verbleibende Defizit von 12 Mrd. Rp durch Notenausgabe gedeckt werden soll.

STABILISIERUNGSSTRATEGIE

Inzwischen bemühen sich die wirtschaftspolitischen Berater der Regierung (unter denen die Wirtschaftswissenschaftler der Universität von Indonesien eine immer größere Rolle spielen) mit Nachdruck um eine Wirtschaftsstrategie, mit der man, wenn nicht in diesem Jahr, so doch 1967 und 1968, die Inflation unter Kontrolle bringen kann. Logischerweise stehen dabei zwei verschiedene Gedankengänge im Vordergrund: Verminderung des Nachfragedruckes durch Erhöhung der Staatseinnahmen und Senkung der Staatsausgaben; Verstärkung des Angebotes an Waren und Dienstleistungen durch eine Wiederbelebung der einheimischen Produktion, die mit Hilfe von Auslandskrediten unterstützt und ergänzt wird.

Gegenwärtig stammen 65 % der Steuereinnahmen aus indirekten Steuern, hauptsächlich auf Importe, so daß die Steuereinnahmen sehr von der Importfähigkeit des Landes abhängen. Nach bereits vorhandenen Plänen sollen durch eine Reform der Steuerverwaltung Steuerrückstände in Höhe von 2 bis 3 Mrd. Rp erhoben und eine wirkungsvollere Einziehung der laufend fälligen Steuern sichergestellt werden. Zu der Annahme, daß der Agrarsektor noch größere, nicht genutzte Steuerkapazitäten aufweist, wird erwogen, die bisher wenig

mehr als nominell bestehende Grundsteuer auszubauen. Es braucht allerdings nicht besonders betont zu werden, daß alle diese Pläne für eine höhere und wirkungsvollere Besteuerung gewaltige Widerstände zu überwinden haben werden.

Noch größer und in einem gewissen Sinne grundlegender sind die Schwierigkeiten, die eine wesentliche Senkung der Staatsausgaben mit sich bringt. Hier muß das Triumvirat nicht nur die Opposition privater Interessengruppen überwinden, sondern auch mit dem Widerstand mächtiger Gruppen innerhalb des Staatsapparates, die häufig von potentiellen Rivalen um die politische Macht geführt werden, fertig werden.

Von größerer grundsätzlicher Bedeutung ist die Frage der Arbeitsbeschaffung für diejenigen, die bei einer Einschränkung der Verwaltungs- und Militärausgaben ihre Stellen verlieren. Schätzungsweise sind wenigstens 30 % der bei Regierung und Behörden Beschäftigten, und das gilt sogar für die Zentralbank, ohne eine Beeinträchtigung der Leistungen dieser Institutionen entbehrlich. Diese könnten dadurch vielleicht sogar leistungsfähiger werden. Tatsächlich stellen Staats- und Militärdienst im Augenblick ein riesiges System der Arbeitslosenunterstützung dar.

Was kann nun kurzfristig getan werden? Entlassungen werden in Indonesien allgemein als praktisch unmöglich angesehen. Die Berater der neuen Regierung planen jedoch, diese Probleme durch weniger krasse und allmählichere Maßnahmen zu lösen. Bei den Regierungsstellen sollen die Dienststunden gekürzt werden (vorzugsweise durch eine Verringerung der Arbeitstage). Diese Regelung wird zwar nicht den Lohnetat senken, aber andere Einsparungen bringen. Nebenbei ermöglicht sie den Angestellten, ihre Einkommen durch Nebenerwerb zu verbessern. Weiterhin plant man, die Beschäftigtenzahl dadurch zu senken, daß man für eine beachtliche Anzahl von Beschäftigten die kurzfristigen Verträge nicht verlängert, sondern ihnen kleine Pensionen zahlt, und daß man keine Ersatzstellungen vornimmt. Ein dritter gegenwärtig diskutierter Gedanke geht dahin, den Arbeitsdienst der Streitkräfte für zivile Zwecke auszubauen, d. h. Truppen für öffentliche Arbeiten einzusetzen. Das würde zwar die Kosten, die sie verursachen, nicht senken (tatsächlich würden fast alle nutzbringenden Arbeiten dieser Art zusätzliche Ausgaben für Material und Ausrüstungen verursachen), aber es würde ein Beitrag zur Produktionskapazität des Landes geleistet. Niemand ist jedoch fest davon überzeugt, daß diese Vorschläge tatsächlich angenommen werden oder, falls das geschieht, schnelle und wesentliche Resultate bringen. Schließlich hofft man, daß ein erhöhtes Angebot von Waren und Dienstleistungen aus einheimischer Produktion und Einfuhr die Inflation mildern kann (allerdings wird vielleicht nicht genügend erkannt, daß hierdurch die Inflation nur dann gedämpft wird, wenn das durch die Produktionssteigerung erzielte zusätzliche Einkommen nicht wieder für den Erwerb der produzierten Güter ausgegeben wird). Sowohl die kurz-

fristige Erholung der indonesischen Wirtschaft als auch die langfristige Entwicklung des Landes hängen davon ab, daß eine bessere Kapazitätsausnutzung und höhere Produktivität in den Wirtschaftszweigen herbeigeführt werden.

WIRTSCHAFTLICHE SANIERUNG

In seiner Erklärung vom 12. April, die sich hauptsächlich mit „den dringendsten Erfordernissen, die in den nächsten 6 bis 12 Monaten auftreten können“, befaßte, hat der Sultan sich relativ wenig dazu geäußert, wie die Regierung die Wiederbelebung der Produktion und die Entwicklung der Produktionskapazitäten anzupacken gedenkt: Man hat erkannt, daß eine Produktionssteigerung in erster Linie von der Einfuhr von Rohstoffen, Ersatzteilen und Ausrüstungen abhängig ist. Daher auch die Dringlichkeit, eine gewisse Mindestsumme an Auslandskrediten zu erhalten und für jede andere Art von Anreizen zu sorgen, schon dieses Jahr mehr zu exportieren. Da ein großer Teil der Ersatzinvestitionen in Form kleiner Ersatzteile vorzunehmen ist — eine große Anzahl von Dieselloks, Generatoren, Lastwagen, Webstühlen, Baggern und anderen Maschinen benötigen nur kleine, aber wichtige Ersatzteile, um wieder einsatzfähig zu werden —, könnte ein großer Teil dieses Importaufwands, wenn er richtig verwendet wird, spektakuläre Wirkungen auf die Produktion erzielen.

Aber der genannte Vorbehalt ist wichtig. Um noch einmal den Sultan zu zitieren: „Was sind die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau? Jeder Beamte und Angestellte in Regierung oder Privatwirtschaft... sollte nach seinen Fähigkeiten den größtmöglichen Beitrag zum Wohle von Staat und Nation leisten und nicht nur zu seinem persönlichen Vorteil handeln... Die Regierung beschränkt ihr Programm mit voller Absicht auf die ihr gegebenen Möglichkeiten und paßt es an die herrschenden Umstände an, da sie überzeugt ist, daß sie ihr Ziel nicht ohne die Hilfe und Unterstützung der Öffentlichkeit erreichen kann... Diese sollte eine Art gesellschaftlicher Kontrolle ausüben, um jeden Mißbrauch zu verhindern. Sollten Mißbräuche auftreten, so müssen die Schuldigen verwarnt werden, und wenn sie die Warnung ignorieren, müssen sie von der Öffentlichkeit den Behörden gemeldet werden.“

Das alte Regime hat ein Erbe an moralischer Unordnung, Raffgier, Korruption und mangelnder Achtung vor dem Gesetz hinterlassen, für das es in der neueren Geschichte nur wenige Beispiele gibt. Diesen Schaden wiedergutzumachen, wird vielleicht schwerer sein, als den materiellen Wohlstand der Nation wiederherzustellen. Ehe aber nicht wieder gewisse Mindestnormen für Regierung und Verwaltung gelten sowie im Volke der Sinn für sozialen Zusammenhalt und das Gemeinwohl geschaffen wird, kann man sich schwer vorstellen, wie die gesamte Auslandshilfe Indonesien wieder zu wirtschaftlicher Erholung und Weiterentwicklung verhelfen soll.